

10. Perspektive: Eigener Anfang!

Die vorliegende Studie konnte zeigen, dass Bürgerinitiativen dem Einzelnen die Chance zu politischem Lernen und Handeln bieten und diese facettenreich genutzt wird. Bürgerinitiativen ermöglichen somit die Erweiterung des ‚personalen Aktionsradius‘ (Holzkamp) des Einzelnen und tragen zur erweiterten Verfügung von Welt bei. Die hier möglich werdende Vergrößerung der individuellen Handlungsspielräume hebt die strukturelle Problematik eines defizitären Verständnisses politischer Partizipation auf Seiten des etablierten politischen Feldes nicht grundsätzlich auf, ist aber eine kreative Antwort darauf und als Anfang zu verstehen, „von der eigenen Exekutive wieder Besitz [zu] nehmen“ (Sassen 2009, S. 11). Dies bedeutet einerseits im Sinne von Arendt als Bürger den Staat und seine ausübenden Organe zu kontrollieren und andererseits, Honneth weitergedacht, durch alternative Beteiligungsformen die Strukturen des politischen Feldes neu zu definieren und dann zu etablieren. Aus dieser Perspektive wird die Angemessenheit der Diskurse und Beteiligungsformen nicht mehr von einigen Wenigen bestimmt, sondern durch die alltäglichen Handlungspraxen der Bürger generiert.

Mit der Betrachtung alltäglich praktizierter und unkonventioneller politischer Partizipationsformen wird dem von Hardt kritisierten System der Repräsentation damit eine dezentrale Organisation entgegengesetzt und der Gedanke von Arendt aufgegriffen, sich selbst als Ausgangspunkt des Handelns und ‚Anfangen-Könnens‘ zu sehen. Bürgerinitiativen bieten dem Einzelnen einen solchen Raum, ‚Anfangen-zu-Können‘, das Feld politischer Partizipationsformen zu öffnen, Alternativen zum Bisherigen zu denken und dabei die Wirksamkeit eigenen Handelns zu erleben. Damit ist der Bogen zu den angesprochenen utopischen Potentialen des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiativen gespannt. Wenn utopisches Denken die Kritik am Bestehenden und die Entwicklung von Gegenentwürfen ist, dann kann das ‚Anfangen-Können‘ in alltäglichen alternativen politischen Partizipationsformen wie in Bürgerinitiativen als ‚Keimzelle‘ utopischen Den-

kens bezeichnet werden. Utopisches Denken ist damit raum-zeitlich greifbar und verliert den eingangs diskutierten negativen Charakter des ‚Bodenlosen‘ und ‚Spinnerten‘. Mit dieser Perspektive wird der Blick auch nicht mehr ausschließlich auf Behinderungen gesellschaftlicher Mitgestaltung, sondern auf die dem alltäglichen Handeln inhärenten Möglichkeiten politischer Partizipation gerichtet.

Im Rahmen von Bürgerinitiativen werden Kontinuitäten durchbrochen und Neues im Alltäglichen aufgezeigt und der Kampf um die legitime Teilnahme am politischen Feld ausgefochten. Indem Bürgerinitiativen etablierte oder bürokratische Strukturen aus den Angeln heben, sind sie ein Ort des Protests, der „den gewöhnlichen Lauf der Dinge [stört] und andere absichtlich und bewusst zur Aufmerksamkeit [zwingt]“ (Uronia 2007, S. 174). ‚Zur Aufmerksamkeit gezwungen‘ werden dabei die verfassten Institutionen des etablierten politischen Systems ebenso wie die institutionalisierte politische Bildung, die infolge dessen verschiedene Mechanismen des Ausschlusses praktizieren. Aufmerksamkeit erzeugen ist demnach eng an den Mut des Einzelnen gekoppelt, sich entgegen etablierter Partizipations- und Bildungsmöglichkeiten zu bewegen. Die Unterstützung dieses Mutes durch entsprechende Partizipationsräume ist damit eine grundlegende Voraussetzung für politische Partizipation will diese nicht im Scheinbaren verbleiben. Kants Aufruf, den Mut zu haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, bleibt damit zentraler Teil von Bildung, der hier am Beispiel von Bürgerinitiativen besonders deutlich wird.

Der Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative kann damit als ein ‚Türöffner‘ für politische Partizipation und Bildung betrachtet werden, indem zudem ein Moment der Aufhebung der häufig beschriebenen Grenze zwischen politischen Laien und Experten deutlich wird. Politische Bildungsarbeit sollte sich trauen die etablierten und ‚lernnormalisierenden‘ Arrangements (vgl. Holzkamp 1995) zu verlassen und die vielfältigen und kreativen politischen Dimensionen des Alltags aufgreifen. Die hier herausgearbeitete lerntheoretische Bedeutung des Erlebnisses ‚Selbst-Handeln‘ am Beispiel des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiative kann zudem die abstrakte Diskussion von ‚Aktion und Reflexion‘ neu einordnen. Die formulierte Gegenstandsbezogenheit politischen Lernens und Handelns zeigt, dass sich politische Bildungsarbeit auch im häufig argumentativ angeführten Kontext von Globalisierung weniger über die Fokussierung diverser Zielkompetenzen bestimmen lässt, als vielmehr über die Vergewisserung eines angemessenen Partizipationsverständnisses, will man den emanzipatorischen Charakter politischer Bildung nicht aufgeben. Aufgabe von politischer Bildung ist es dann, sich eben nicht dem gegenwärtigen ‚Mainstream‘ einer vorwiegend output orientierten Bildungsarbeit anzupassen, sondern wie es die betrachteten Bürgerinitiativen praktizieren, jedem Einzelnen den Mut zu vermitteln, seine Perspekti-

ven auf Welt öffentlich zu diskutieren, ohne diese im Vorhinein in erst- und zweitklassig zu unterteilen. Die empirische Studie ist dann als ein Plädoyer für die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher aber gleichwertiger Felder und Praktiken politischer Partizipation und Bildung in einem gemeinsamen Lern-Handlungsraum zu verstehen. Dieser wird dann nicht dadurch bestimmt, dass über unkonventionelle Beteiligungsmöglichkeiten ausschließlich etablierte Partizipationsformen gestärkt werden, sondern den Potentialen der herausgestellten vielfältigen politischen Beteiligungsformen zunächst ergebnisoffen begegnet wird. Im Sinne eines so verstandenen ‚ganzheitlichen‘ Lern-Handlungsraums wird es dann möglich, politische Bildungsarbeit nicht zu einer selbstreferentiellen Veranstaltung werden zu lassen und die offerierten Chancen gesellschaftlicher Transformationsprozesse offensiv zu nutzen.

